

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

Abend-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Provinz durch unsern Ediger
monatlich 1.25 M., vierstündiglich 2.75 M., für das Geschäftsviertel, außen
Städten und Ausland abgezahlt; monatlich 1 M., vierstündiglich 3 M.
Durch die Post: innerhalb Deutsches und östl. Mitteleuropas
monatlich 1.20 M., vierstündiglich 4.50 M., ausländisch postbeauftragt.
Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags zwei, Sonn- u. Feiertage eins.
In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird
die Abonnementssumme noch um Abzug des Frachtenums ins Haus geliefert.
Gesetzliche Redaktion: In den Seiten 17, Fernsprech-Anschluß: Wrobbel Nr. 497.

108. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung bis
100 Pf. Postleitzahl 25 Pf., die Reklameseite 1 M.,
sonst zusammen 20 Pf., Reklame 1.50 M., kleine Anzeigen der Postleitzahl bis zu 20 Pf. Wiederholung, Inserate von Schreibern im amtlichen Teil des Postleitzahl 20 Pf. Geschäftsanzeigen mit Preisliste erhöht. Rabatt nach Kart. Belegarten: Gesamtansicht 3 M. des Kunden ausländ. Postgebühre.
Anzeigen-Annahmen: Johanniskirchstr. bei sämtlichen Filialen des Leipziger
Tageblattes und allen Anzeigen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Blügel,
Berlin W. 12, Margaretenstraße 4. Fernsprech-Anschluß: Lüggen 697.

1914.

Nr. 281.

Freitag, den 5. Juni.

Das Wichtigste.

* Der Besuch des englischen Königs in Konopisch ist sehr unwohlscheinlich erklärt. (Siehe Ausz.)

* Die englische Regierung bestätigt, gegen die Wahlmeister energische Maßnahmen zu ergreifen. (Siehe Nachr. v. Tage.)

* Die serbischen Offiziere haben den König gebeten, die Verordnung über die Priorität der Truppen außer Kraft zu setzen. (Siehe Ausz.)

* In Warna und Dedeagatchi kam es zu griechenfeindlichen Kundgebungen. (Siehe bei Art.)

* Über Durazzo ist der Belagerungs-
zustand verhängt worden. (Siehe bei Art.)

* Der Russ. Storch holt ein Flugzeug für 60 Fluggäste. (Siehe Sp. u. Sp.)

Die neuen Ratgeber des Fürsten Wilhelm von Albanien

Bon Zeck Vorch.

Durazzo, 31. Mai.

Noch immer steht der Monat des Fürsten unter dem Schutz österreichischer und italienischer Landungstruppen, und noch immer stehen die mittelalbanischen Revolutionäre eine Stunde vor den Toren der Stadt. Das Fürstentum Albanien ist zu einem Rückentum Durazzo herabgesunken. Nur noch in Shkodra, Valona, Berat, Elbasan und Korca gilt das Wort von Wilhelm I. Und selbst in Durazzo wird jede Nacht ein Mohammedaneraufstand befürchtet.

So hat man denn ein neues Kabinett gebildet, das dritte während der dreimonatigen Regierungszeit des frühen, Turhan Pasha behält den Vorz. Warum auch nicht? Er hat sich vor dem Eintritt in den albanischen Staatsdienst eine hohe Pension gesichert. Und diese Pension zieht zu Lasten des Staates, falls der bisherige Premier ginge. Also bleibt Turhan, trotzdem er mehr Diplomat als Politiker ist, trotzdem er zur alten türkischen Schule zählt und den Bedürfnissen Albaniens ständig gegenüber steht. Alif Pasha Elbasani verwaltet das Innere. Das ist ein bemerkenswerter Um-

schwung. Alif Pasha ist von jeher ein großer Gegner und Feind Essads gewesen, ein großer Patriot, dem Fürsten treu ergeben. Solange Alif das Innenministerium behält, ist an eine Rückkehr Essads nicht zu denken. Der Wirklichkeitsfürst Bib Doda hat das Portefeuille des Außenfern. Bisher hat Bib Doda den Eintritt in jedes Ministerium abgelehnt — weil er seinem Dienst angehört wollte, dessen Innen- und Kriegsminister Essad war. Mit ihm findet zum erstenmal der ländliche Norden seine Vertretung in der Durazziner Regierung. Wie Essad, so ist auch Bib Doda italienfreudlich, aber nicht so ausgebrochen und mit Neigungen auch für Österreich, den alten Protektor des Kiriditenstamms. Muhib Bei Libchora hat schon dem früheren Kabinett angehört, war ein Freund Essads, deshalb sehr angesehen, galt als Mann der Zukunft; er ist die Intelligenz im Ministerium. Jetzt hat ihm der Fürst weiter das Justizministerium anvertraut; mit Essads Fall hat auch die Ghazibekanische ein Ende. Dr. Turtulli ist wieder Untersekretärin geworden. Er hat schon dem ersten Kabinett angehört, schied aber zeitig, vor etwa einem Monat, aus. Muhib Bei Libchora kommt auch er aus der epikritischen Einschätzung. Rogga bleibt Finanzminister in einem Staate, der seine Finanzen hat und von Pumpwirtschaft lebt. Er ist, wie Bib Doda, Katholik und hat in Shkodra das Licht der Welt erblickt. Muhib Bei Frasheri, der Postminister, stammt gleichfalls aus dem Süden, ist der Bruder des albanischen Delegierten in der Sonderkommission, Rechi Bei Frasheri, ein Mann von überreifer Erfahrung. Wichtig wird angeblich das Bauernbewegung in Mittelalbanien der Posten des Aderbauministers werden, den Abdi Bei Toptani, ein Beter und Gegner Essads aus Tirana, ein durchaus anständiger, wohlwollender Charakter, übernommen hat. Abdi Bei kennt, im Gegenzug zu dem früheren Aderbauminister Alif Pasha, die modernen Aderbauminister, ist auch mit den Agrarfragen, die in Albanien ihrer Lösung harren, etwas mehr vertraut. Im ganzen ist das Kabinett ein Mix nach Links, eine Annäherung an die Nationalisten. Fünf Mohammedane stehen zwei Katholiken (Bib Doda und Rogga) und einem Orthodoxen (Turtulli) gegenüber. Die Hervorhebung des mohammedanischen Charakters hat guten Grund: man soll sicher nicht sagen, daß die Regierung in Durazzo extrem "christenfreundlich" sei.

Die wichtigste Aufgabe für das neue Ministerium ist die Beruhigung des mittelalbanischen Bauernaufstandes. Die Bauernerhebung hat verschiedene Gründe.

Teils sind die Bauern nur von islamischen Agitatoren wie Alif Pasha, Derwisch Bei Elbasani, den Koska Paudi Essadi aus Shkodra und den Bauern Rukappa Ibrahim Aga verhegt. Teils gibt es ernste Gründe zur Klage. Die Lage der mittelalbanischen Bauern ist nämlich keineswegs angenehm. Einem freien Bauernstand gibt es fast nicht. Tagegen sind nahezu alle Landleute die Söhne und Töchter der Großgrundbesitzer, der Pächter und Besitzer, der privilegierten Familien aus altpäpstlicher Zeit. Jeder Bauer hat seinem Grundherrn ein Drittel der Ernte als Pacht abzuführen. Außerdem ist er dem Bei zu jeder anderen Dienstleistung verpflichtet. Der Bei kann rufen, und wenn hat der Pächter bereit zu stehen. Da außer dem Drittel für den Grundherrn die Rechte für die Regierung abzuführen ist, bleibt dem Bauern fast nur, meist nicht einmal, die Hälfte der Ernte als Eigentum zum eigenen Lebensunterhalt übrig. Und da verlangt man noch von ihm, daß er als Milizsoldat gegen den Epirus in den Krieg zieht!

Notwendig ist also eine Agrarreform, die Schaffung eines freien Bauernstandes. Dieser Reform stehen aber die Großgrundbesitzer feindlich gegenüber. Ein Teil der Bauern, vor allem auch der Tausende Mönchlinge aus den neu-jerusalemischen Gebieten, könnten auf den Staatsdomänen ansiedelt werden. Aber so groß auch der Staatsbedarf ist, er würde nicht entfernt ausreichen, Zehntausende von Bauern zu ernähren. Und da anderseits bei der Finanzlage des Landes an einen Kauf von Grund und Boden nicht zu denken ist, bleibt nur die Zwangsenteignung übrig. Sie trifft auch den Großgrundbesitzer nicht allzu sehr, da ja fast nur ein Teil des futuristischen Bodens in Albanien bebaut wird. Es müssen also Straßen gebaut und die abgelegenen Ländereien an die Bauern verteilt, die Großgrundbesitzer aber zu einer rationelleren Ausnützung des ihnen verbleibenden Bodenbesitzes veranlaßt werden. So wäre beiden Teilen geholfen. Wenn nur nicht der Feudaladel ein Feind der Wiederherstellung der bestehenden sozialen Verhältnisse wäre!

Die Agrarfrage ist aber nur eine der vielen Notwendigkeiten. Die Epirusfrage, der jetzige Ausklang in Mittelalbanien, die künftigen Auseinandersetzungen mit den Maltojaren und Mirditern mahnen zur eifigen Arbeit und zu vorsichtiger Förderung der Zentralgewalt. Die Gendarmerie muß von Grund auf neu organisiert werden. Nicht nur ist seit den unglücklichen Geschehen bei Shkodra ein großer Teil der

Gendarmen desertiert, die zurückgebliebenen Gendarmen sind außer Rand und Band, von Djed-piyan ist keine Rede mehr. Zu Mittelalbanien haben die neuen albanischen Schulen unerwarteten Widerstand gefunden. Nebenbei im Aufstandsgebiet wurden die Schulgebäude zerstört, Bände und Bücher verbrannt, die Lehrer mishandelt. Und das istridiglich, weil man ungern genug war, die Koranläden, die mohammedanischen Bolz- und Moscheenläden zu vernachlässigen, die neuvergründeten albanischen Lehrer gut, viel besser zu bezahlen, als die Hodschas und Imame, die Priester der Mohammedaner. Hier heißt es vorsichtig und ausgleichend vorgehen, keinen Glaubenskampf zu fördern, nie die Anzahl aufzumachen lassen, daß man Mittelalbanien christianisieren wolle. Auch das Aushebungsgesetz ist falsch getrieben worden. Auf die Höhe der Recht und Aufwiegler wie des von serbischen Geide bezahlten früheren Jungkämpfen Arif Hilmi müßten hohe Preämien gelegt werden. Der Fürst müßte aus seiner Abschließung hervortreten und mit dem Volke direkt in Auflösung treten. Nichts ist in Albanien unangenehmer als ein Sultanshof mit mittel-europäischem Ceremoniell. Die Albaner wollen in ihrem Fürsten den Vater sehen, nicht den geheimnisvollen Prinzen aus dem Abendlande.

* An neuen Meldungen über die Lage in Albanien verzeichnen wir folgendes:

Die Aussöhnung in Italien

ist natürlich nach wie vor pessimistisch. Die "Trieste" deutet in einem Artikel darauf hin, daß die italienische Regierung sich nur bis zu einem gewissen Grade für die Herrschaft des Fürsten einsetzen werde. Ja italienischen gut unterrichteten Kreisen glaubt man an eine bevorstehende Abdankung des Fürsten. Direct kann er mit den Aufständischen, die ihn nicht anerkennen, nicht verbünden, selbst nicht durch seine muslimischen Minister. Es bleibt ihm also nur noch übrig, an der Spitze der christlichen Maltojaren und Mirditern gegen die Aufständischen zu marschieren und damit das Signal zur Entstehung des Bürger- und Religionskrieges in ganz Albanien zu geben. In einem Spezialtelegramm des "Giornale d'Italia" kommt die Meinung zum Ausdruck, der Fürst werde zunächst einer Entscheidung, auf die vor allem die Maltojaren in Alessio dringen, die Borshat und Soldaten an den Fürsten henden, dadurch aus dem Wege gehen, doch er wegen der jetzt beginnenden Friedperiode in Durazzo nach Shkodra abtreten würde. So ernst die Lage im Innern Albaniens ist, so scheine sie an den Grenzen noch schlimmer, da in Montenegro, Serbien und Griechenland na-

Der Aufschub ist der Teufel der Zeit.
Young.

Eine Riesen-Antenne von 25 km Länge für drahtlose Telegraphie.

Aus technischen Kreisen wird uns geschrieben: Ein interessantes technisches Unternehmen, das nicht verfehlten wird, allenhalben großen Aufsehen zu erregen, plant der französische Telegrapheningenieur Bouthillon. Sein Projekt, für das sich die französische Telegraphenverwaltung ungemein interessiert, will nicht mehr und nicht weniger als die Anlage einer Antenne für die Zwecke der drahtlosen Telegraphie in einer bisher ganz unbekannten Länge. Bouthillon ist der Meinung, mit Antennen in derartiger Länge Wellenlängen von einigen 100 Kilometern erzielen zu können. Das hätte den Erfolg, daß man nicht wie bisher auf die Hochfrequenzen angewiesen wäre, sondern, daß Frequenzen bis 1000 ausreichend wären, um ein drahtloses Telegraphieren zu ermöglichen. Die Anlage des französischen Ingenieurs weist in jeder Beziehung ungewöhnliche Einzelheiten auf.

Die Antenne soll ein Bau aus 10 parallelen Drähten mit je 25 Kilometer Länge werden, bei der Spannweiten bis zu 5 Kilometer vorgesehen sind. Zwischen den einzelnen Gebirgszäumen werden Stahlräder gespannt werden, die man in eine Höhe bis zu 2000 Meter zu führen beabsichtigt. Bei dieser Höhe ist natürlich ohne weiteres ein Durchgang von einigen 100 Metern möglich. Die Bouthillonsche Riesenantenne soll sich im Massiv der "Grande Chartreuse" erheben.

In der technischen Durchführbarkeit des zu mindest erstaunlichen Planes, eine solche ungewöhnliche Antenne zu errichten, besteht wohl kaum ein Zweifel; wohl aber ist man berechtigt, die Frage aufzuwerfen, welche Vorteile der drahtlosen Telegraphie aus dem Projekt erwachsen können. Nun, so viel leuchtet auch dem Leser ohne weiteres ein, daß mit dem Verzicht auf die bisher notwendigen Hochfrequenzen der Betrieb der bestehenden drahtlosen Stationen eine beträchtliche Vereinfachung und Verbilligung erfahren wird. Von diesem Gesichtspunkt aus darf sich auch die französische Telegraphenverwaltung entschlossen, mit der Riesenantenne Bouthillons Versuche im großen Maßstab an-

zustellen, die nach jeder Richtung hin entsprechend dafür sein sollen, ob im Allgemeinen die Einführung solcher Antennen im drahtlosen Telegraphenbetrieb sich empfiehlt oder nicht.

Ein deutscher Postbeamter als Erfinder eines bedeutsamen medizinischen Präparates.

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben: Ein deutscher Postbeamter wird ein einfacher deutscher Postbeamter in jämmerlich untergeordneter Stellung zum Erfinder eines wissenschaftlichen Präparates wurde, das einen der größten Fortschritte auf dem Gebiete der Jahrtausendteile darstellt, verdient unter allen Umständen registriert zu werden. Dieser Fall hat sich tatsächlich in Bamberg ereignet, wo einem mittleren Postbeamten die Herstellung eines Patentums glückte, das, ohne die oft gefährlichen Begleiterscheinungen des Katalins und Morphiums zu zeihen, dennoch die größten Schmerzen zu beseitigen vermögt. Was den Beamten zum Gelingen seiner Erfahrung befähigte, war ein jahrelanges unermüdliches Studium auf dem weiten Felde der Chemie. Fachmänner waren die wissenschaftlichen Arbeiten des Postbeamten auf chemischem Gebiete schon seit längerer Zeit nicht unvorteilhaft bekannt geworden. Die Erfahrung des Bamberg. Postbeamten stellt seiner chemischen Zusammenlegung noch eine Verbindung von Quicksilber, Platinmetallen und anderen Stoffen dar. Es ist ausgeprägtermaßen als Elixier für die bisher in der Jahrtausendteile gebrauchlichen Behandlungsmittel gedacht, und vereinfacht deren große Vorzüge in sich, ohne zugleich auch ihre unbestrebten Neben- und Störerscheinungen zu aufzuweisen. Fachleute hören dem Präparat des Postbeamten, das sich bereits praktisch vorsichtig bewährt hat, eine große Zukunft zu. Es nimmt daher nicht wunder, daß bereits eine große englische Firma an den Erfinder herangetreten ist, um die finanzielle Bewertung seines Mittels in die Hand zu nehmen. Ein abschließendes Urteil über die wissenschaftliche Bedeutung des neuen Jahrtausendteile-präparates wird sich allerdings erst nach längeren Versuchen durch die Jahrzähte ermöglichen lassen, doch schon die großen Hoffnungen, die man an die Erfahrung des Beamten knüpft, zeigen, daß man es hier mit einer sehr erfreulichen, durchaus wissenschaftlichen Erfahrung zu tun hat.

Kunst und Wissenschaft.

* Ein seltsames Monodrama. Max Reinhardt hat das einaktige Drama "Schatten" von Alexander Brodsky zur Aufführung erworben. In dem Einakter gibt es nur eine Rolle: auf offiziell verdunkelter Scène steht der Darsteller, die Gestalt

ist unsichtbar und nur das Hauptlicht bestrahlt. Ein Schauspiel spielt sich ab: es wird dem Zuschauer vermittelt lediglich durch Minnespiel und Sprechen zu verschiedenen Personen, die in Wirklichkeit nicht da sind, deren Kommen und Gehen bloß angekündigt wird durch plakatives Einfallen eines Lichtkettens in die Fünsterheit, wie wenn die Tür für jemanden öffnete. Das Stück ist es jedenfalls, daß es ebenso beliebt wie mittelmäßige Postbeamter, Operettendarsteller, Soubrettes und Sängerinnen gibt, die eine Jahreszeit zwischen 30 und 40 000 Mark beziehen. Das ist im bürgerlichen Leben das Einkommen der Staatsbeamten, der commandierenden Generale. Es gibt aber auch Bühnenkünstler, die vor allem die Tanzbeine zu schwingen verstehen und die übrigens nichts weiter zu leisten haben, als mit 30, 40 ja 50 umfangreichen Bühnenproben eine Operettenpartie, die ihnen bis ins kleinste Detail eingepaukt wird, plausibel nachspielen, möglichst an die hundert Male, — und für solche „anstrengende“ Tätigkeit genau so entlohnt werden wie etwa einer der Oberpräsidenten der zwölf preußischen Provinzen (21.000,-) — als wie Männer im reifen Alter, die sich den Titel „Excellenz“ errangen, die Staatsminister waren und werden, die Behörden eines Staatsgebietes von 3-8 Millionen Einwohnern sind! Ist das natürlich? Und diese Operettendarsteller haben wiederum ein ganzes Heer von slawischen Kopisten, die sich schon mit einer Jahreszeit von 10-12.000,- begnügen — mit dem Einkommen eines Generalmajors und Brigadecommandeurs, eines vortragenden Rates in den Ministerien, eines Oberpostdirektors, des Direktors des Deutschen Reichstages! Auch hier wäre eine „Umwertung der Werte“ dringend geboten!

* Rudolf Hans Bartsch als Dramatiker. Der bekannte Romanautor Rudolf Hans Bartsch hat jedoch ein dreikötiges Drama, welches vorlängig „Ohne Gott“ heißt, vollendet. Es spielt in einer Stadt Süddalmatiens während des Aufstandes in der Woche di Cattaro im Jahre 1850. Das Werk, welches bereits im Manuskript vom Deutschen Volkstheater in Wien erworben wurde, wird sicherlich von der Bühne in Szenen gehen. Der Bühnenvertrieb erfolgt durch den Verlag L. Standka in Leipzig.

* Uraufführung in Leipzig. „Monika Vogel-Sang“. Oper in drei Akten von Richard Jäger, setzt nach zeitlich Philippis gleichnamiger Novelle. Musik von dem jungen deutsch-dänischen Komponisten Rudolf Schüller wurde von der Intendanz

der städtischen Theater in Leipzig für die Saison 1914-15 zur Uraufführung angenommen.

* Ein Vermächtnis Karl Hagemanns für Werder. Professor Karl Hagemann, der seit einigen Jahren plötzlich zu hohem Ansehen gelangte Künstler, der bis dahin so gut wie unbekannt in seiner Vaterstadt Werder Jahrzehnte gelebt hat, hat, wie verlautet, der Stadt ein kostbares Vermächtnis zugesetzt. Es vermaße ihr 100.000,- zu einem neuen Rathaus und eine Anzahl berühmter Bilder aus allen seinen Entwicklungsepochen, die er für die besten hält. Es sind dabei die Bildnisse seiner Eltern, die auch in Werder gelebt haben, und sein eigenes, ein Werk des Malers Karl Schuh, seines Lehrers und Freunde, über den er jüngst das schöne Buch veröffentlicht hat. Es ist ein seiner Zug des Künstlers, doch er an dem Erfolg, der ihm so plötzlich und unerwartet beschieden wurde, seine Heimat in dieser Weise teilnehmen läßt.

* Kleine Kunstschronik. In der Ständigen Deutschen Kunstschronung zu Baden-Baden wurde die Sonder-Ausstellung von Werken des Professors Kallmorgen eröffnet. Die Ausstellung zeigt eine Reihe hervorragender Werke des Meisters und gibt zugleich ein anschauliches Bild von dem künstlerischen Schaffen deselben. — „Das Ei des Kolumbus“ betitelt sich ein dreikötiges Schwan, den Max Real soeben gemeinsam mit Rudolf Grein, dem belasteten Tiroler Dichter und langjährigen Mitarbeiter der Münchner „Jugend“, vollendet hat. — Der Münchner Maler und Illustrator Ludwig Beckmann ist im 71. Lebensjahr gestorben.

* Die Venus mit dem Papagei, die dreiaktige Komödie von Volmar Schmidt und Emil Schäfer, die im nächsten Winter in Königsberg zur Aufführung kommt, wird von Gustav Sacerdotis ins Italienische übersetzt und soll bereits Anfang des nächsten Spielzeit an einer Mailänder Bühne in Szenen gehen. — Es zeigen drei Burzchen, ein lustiges Spiel am Rhein mit Gesang in vier Akten von Hermann Stein und Adolf Steinmann, unter Benutzung einer Idee von Karl Böttcher, wurde soeben vollendet und gelangt Mitte dieses Monats zur Uraufführung in Köln a. Rh. — „Richardis“ ist der Titel der neuen Oper von Wolterhausen, dem Komponisten von „Oberst Chabert“. Die Uraufführung des Werkes wird im Hoftheater zu Karlsruhe stattfinden. — „Die Tempertanten“, Auseinandersetzungen in drei Akten von Emil Hartorff, werden im Kleinen Theater in der ersten Hälfte der nächsten Spielzeit zur Aufführung gelangen. — Eines der Hauptbilder aus der Hans-Thoma-Kollektion auf der Ausstellung der Freien Sezession am Kurfürstendamm „Die Näherinnen“, 1888 entstanden, ist vom städtischen Museum in Essen erworben worden. Von sonstigen Verkäufen seien erwähnt der des Bildes „Die Chinesenmädchen“ von Professor Emil Orlik und eines Stilllebens von Conrad von Hartmann.

tonalische Stimmungen wieder die Oberhand zu gewinnen drohen.

Durazzo im Belagerungszustand.

Durazzo. 5. Juni. Der nach Überprüfung des holländischen Majors Slans zum Platzkommandanten ernannte Oberstleutnant Thomson verhängte heute morgen über die Stadt den Belagerungszustand. In der Lage ist keine Aenderung eingetreten.

Ablösende Haltung der Epitoten.

Wien. 5. Juni. Am heutigen unterrichteter Stelle sind Nachrichten aus Janina eingelassen, daß unter dem Vorsitz von Zographos in Argirokastro eine große Versammlung der Führer der epizotischen Bewegung stattgefunden hat, in der nach lebhafter Debatte beschlossen wurde, die Entschließungen der Konferenz von Korfu anzunehmen. Jerner wurde beschlossen, die Waffen erst dann niederzulegen, wenn der Fürst von Alvanianos von Epirus tatsächlich Besitz ergriffen, die notwendigen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe gesandt und auch die Großmäärche ihre Zustimmung an den Beschlüssen der Konferenz gegeben haben, indem sie die Durchführung der Zusammenkünfte und der den Epitoten bewilligten Privilegien garantieren. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch die Auflösung der provisorischen Regierung von Epirus verzögert werden. Die heiligen Battalions sollen bis zur Besetzung des Nordepirus durch albanische Truppen unter Leitung von Zivilgouverneuren für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiete sorgen.

Griechenfeindliche Kundgebungen in Bulgarien.

Nachdem bisher meist nur von einer starken Spannung zwischen Griechenland und der Türkei die Rede war, und beide Länder mehr oder minder gewaltsam auf eine Süßung von den Angehörigen des fremden Volkes bedacht waren, ist es neuerdings in Bulgarien zu Kundgebungen gegen Griechenland gekommen.

Wie wir bereits meldeten, ereigneten sich am Mittwoch, dem Geburtstag des Königs von Griechenland, griechenfeindliche Szenen in Sofia, wobei sogar eine griechische Fahne vom Turm einer Kirche heruntergerissen wurde. Göttern haben auch in Warna Kundgebungen gegen Griechenland stattgefunden. Dort war die bulgarische Bevölkerung besonders gereizt durch den Anblick von Volksgeschenken, die aus dem griechischen Teil von Mazedonien vertrieben waren und im Hafen von Warna ankamen. Wie verzeichnen folgende Meldungen:

Die griechenfeindlichen Kundgebungen in Warna.

Warna. 5. Juni. Über den unmittelbaren Anlaß zu den gestrigen griechenfeindlichen Kundgebungen wird berichtet: Die Griechen beobachteten, ein Fest zu Ehren des Königs von Griechenland zu feiern und traten zu diesem Zweck große Vorbereitungen, die bei den Bulgaren Missfallen erzeugten und in einer Volksversammlung als Provokation des bulgarischen Nationalgefühls gebündelt wurden. Die Erregung wurde durch die Ankunft eines Schiffes, an dessen Bord mehrere hundert bulgarische Flüchtlinge aus dem griechischen Mazedonien sich befanden, noch gefeuert. So kam es zu dem bereits gemeldeten Angriff auf zwei griechische Kirchen, die, wie eine ebenfalls in Sofia genommene griechische Schule, in Herbergen für die bulgarischen Flüchtlinge umgewandelt wurden. Die Menge erklärte, sie würde die Benutzung der Kirchen den Griechen erst dann wieder gestatten, wenn die bulgarischen Kirchen in dem von Griechenland annektierten Teile Mazedoniens ihrer rechtmäßigen Bestimmung zurückgegeben seien.

Antwort bulgarischer Flüchtlinge.

Sofia. 5. Juni. („Agence Bulgarie“). Nach einem Telegramm aus Deveagath kam dort am Vormittag

der griechische Dampfer „Florice“ unter amerikanischer Flagge an, auf dem sich 300 muslimische Flüchtlinge befanden sowie mehrere bulgarische Gefangene des Bezirks Demirhisar, die unter Bewachung nach Mitteleuropa deportiert werden. Die Nachricht hierauf verursachte eine lebhafte Bewegung unter der Bevölkerung. Sofort wurden alle Türen geschlossen und eine Protestversammlung einberufen, in der die Freilassung der Gefangenen oder die Befreiung der Griechen aus Deveagath gefordert wurde. Die Stadt ist sieberhaft ergriffen.

Gewaltsame Unterbringung der Flüchtlinge.

Athen. 4. Juni. Wie die „Agence d’Athènes“ aus Samos (am Schwarzen Meer) meldet, begab sich ein Gendarmerieoffizier in das Dorf Coradi und drohte den Christen, die aus diesen Dörfern dort zusammengekommen waren, er werde, falls sie nicht die flüchtigen mazedonischen Muslimen aufnahmen, ihre Häuser in Brand holen lassen. Auf die Antwort der Christen, ihre Häuser seien zu klein, um neue Bewohner aufzunehmen, kam es zu einem Tumult, wobei die Gendarmerie einen Christen tötete und sechs verwundete.

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft

Danzig. 4. Juni.

Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft ist am heutigen Donnerstag in Danzig unter dem Präsidium des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg zusammengetreten. Auf der Tagessitzung der diesjährigen Verhandlungen stehen neben den regelmäßig wiederkehrenden Berichten über die Tätigkeit der verschiedenen Ausschüsse der Gesellschaft eine Reihe von Anträgen der Abteilung der Koloniale Gebiete Reformen und Neuordnungen von Einrichtungen analog den Einrichtungen des Mutterlandes verlangen. Herzog Johann Albrecht wies bei der heutigen Vorstandssitzung in seiner Eröffnungsrede besonders auf die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hannover hin, die Ende Juni stattfindet und an der sich die Deutsche Kolonialgesellschaft beteiligen wird. Er röhnte ferner die Erfolge der von der Gesellschaft veranstalteten Kolonialausstellung, durch die Hunderttausende, namentlich aus Kleinbürgerlichen Kreisen, Gelegenheit gegeben werde, koloniale Einrichtungen kennen zu lernen. Der Ausschuss beschloß, auch weiterhin 5000 Mark für solche Provinzialausstellungen zu bewilligen. Einen warmen Nachdruck widmete Herzog Johann Albrecht dem verstorbenestellvertretenden Präsidenten der Gesellschaft, Oberlandesgerichtspräsidenten von Bitter. An seiner Stelle wurde der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Vindequist zum stellvertretenden Präsidenten gewählt. Weiter wurden Mittel bewilligt für die von Dr. Gad geplante Reise zur Erforschung der Parmerverhältnisse in den Kolonien. Wie alljährlich, so wurden auch diesmal 1000 Mark bewilligt für das Archiv für Schiffe und Tropenphysiologie in Hamburg.

Die Versammlung wandte sich dann der Frage der Einschränkung des Kinematographenwesens in den Kolonien zu. Die vor einigen Monaten vorgenommene Ermordung zweier Pflanzer in Samoa durch Geborene scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß diese furs vorher kinematographische Vorführung von amerikanischen Cowboystuzen mit Nord und Totschlag angesehen hatten. Die Versammlung beschließt, das Erführen zu richten, die Ausmerksamkeit der Gouverneure auf die Gefahr hinzuhalten, die Ordnung und Sicherheit in den Kolonien aus den Auswüchsen theatralischer oder kinematographischer Vorführungen drohen.

An die Vorstandssitzung schloß sich eine Dampferfahrt mit Damen nach der Danziger

Bucht und dem Seebade Broden an. Heute Freitag beginnen die Verhandlungen der Hauptversammlung selbst.

Politische Uebersicht

Tagung

des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.

Hamburg. 4. Juni.

Die diesjährige Tagung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins stand am heutigen Donnerstag ihren Höhepunkt in der öffentlichen Feststellung im Kolonialinstitut. Senator von Berenberg begrüßte den Kongress im Namen des Hanseatischen Senats und wünschte weiteren guten Erfolg auch auf dem wohl schwer zu erobernden, aber fruchtbaren niederdeutschen Boden. Dann sprach Professor Sibelius über das Wirken des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins. Die vorzüglichsten Mittel des Sprachvereins seien seine Zeitschrift mit ihren wissenschaftlichen Beiträgen sowie die Sprachen in den deutschen Zeitungen. Durch sie dringe das sichere, besonnene Wirken des Sprachvereins in immer weitere Kreise des deutschen Volkes hinein.

Den Festvortrag hielt Professor Dr. Barthling vom Kolonialinstitut in Hamburg über „Sprachcharakter und literarische Verwendung des sogenannten Missings“. Missings sei wohl nur zu erklären im Zusammenhang mit Messing. Es bedeute eine Misssprache, die sich zur reinen Sprache verhält wie Messing zu Gold. Zuerst sei es oft der Übergang von Gebäuden der Mutterart zu dem der Schriftsprache gewesen und zuweilen wurde es scherhaft verwendet. Zuweilen war es auch das Bemühen eines Ungebildeten, gebildet zu sprechen. Es wurde daher nicht immer sehr hoch eingeschätzt, sondern schon im 18. Jahrhundert angefunden, was ihm aber nichts geschah. Zuweilen war es eine persönliche Sprache wie bei Ariz Reiters „Bräsig“, bei Brindmanns „Kasper Ohm“ und ähnlichen Gestalten. Daniel Bartels hat es in seinen Gedichten angewendet. Das Missings ist unbeständiger Art, weil es meist bei seinen Gebrauchern und ihren Kreisen nach und nach vom Hochdeutschen verdrängt wird, und zwar in kleineren Dingen leichter als in großen. In Hamburg z. B. wird es sich, wie auch das reine Niederdeutsche, noch länger halten, vielleicht dauernd halten. (Pesch. Beifall) — Es wurde beschlossen, den Vortrag in der Vereinszeitung zu veröffentlichen.

Hierauf verläudete Geheimrat Professor Dr. Pieisch-Greifswald das neue Preisausschreiben. Die Aufgabe lautet: „Sammlung des Wortschatzes deutscher Handwerksprachen“. An Preisen stehen 3000 Mark zur Verfügung. Zu Ehrenmitgliedern wurden, wie bereits kurz gemeldet, ernannt: Peter Rosegger und Graf Zeppelin. Darauf wurde die Tagung geschlossen.

Eine zeitgemäße Erinnerung

lesen wir in der „Nationalliberalen Korrespondenz“:

„Wenn es nach den konservativen Freiern geht, so wäre ein sog. „Bebel-Wähler“ in nationaler Beziehung ein für allemal gerichtet. Da ist es doch interessant, die Konservativen daran zu erinnern, daß sie es gewesen sind, die im Jahre 1877 demselben Herrn Bebel, als er in Dresden links im Reichstag stand, mit der Mottierung, daß wenn die Regierung abwände sei, ein Wahlschein auf Gegenstände der allgemeinen Politik weniger zu belügen wäre. Er, der Ministerpräsident, möchte aber darauf hinweisen, daß jedes positive Ergebnis der Beratungen ohne Einvernehmen und Mitwirkung der Regierung überhaupt nicht zustande kommen könne, weil jedes politische Ergebnis solcher Beratungen auf Maßnahmen hinauslaufe, die fast ausschließlich von der Regierung durchzuführen seien und zusätzlich deren die Regierung nicht zu hören habe, was gewünscht werde, sondern auch eine eigene Meinung habe, und diese Meinung an zuständige Stelle und unter ihrer Verantwortung zum Ausdruck bringen müsse. Es müsse also der Moment kommen, in dem die Regierung mitzuwirken berufen sei, weil es sich nicht um Entschließungen der Parteien handle, sondern um auf Grund des erzielten Einvernehmens der Parteien durchzuführende Regierungssakte.“

Schuhwarenhaus Karl Kellner. Universitätsstr. 29. Spezialität: Schuhstiefel. — Petersgr. 1138. Klasse

fürstliche Konervative und fortschrittliche Wähler gestimmt haben, denen es als das „kleinere Übel“ erscheint, die Haupt- und Nebenstadt des Königreichs Sachsen im Deutschen Reichstage durch einen Sozialdemokraten, dessen „Reichsfeindlichkeit“ ihnen wohlgefällt ist, als durch einen rechtsfreundlichen Nationalliberalen vertreten zu sehen.“

Nach der Speziellen Statistik der Reichstagswahlen hatten damals im ersten Wahlgang Stimmen erhalten: Konservative 365, Nationalliberalen 4375, Freiheit 2023, Sozialdemokratische 10835 Stimmen gegen 9025, die auf den Nationalliberalen gingen. Aus diesen Zahlen könnte an sich nicht daraus geschlossen werden, daß die Konservativen teilweise Bebel als das kleinere Übel betrachten und ihn gewählt haben. Daß aber die „National-Zeitung“ richtig berichtete, bestätigt ausdrücklich der Geschichtsalphabet von Schultheiß, der unter dem 26. Januar 1877 berichtet:

„Der Sozialdemokrat Bebel wird in Dresden bei der Stichwahl zum Mitgliede des Reichstags gewählt, indem ihm auch zahlreiche und zum Teil hochgestellte Konservative ihre Stimmen geben gegen den Kandidaten der verhängten Nationalliberalen. Bebel wird auf diese Weise mit 10834 gegen 9023 Stimmen gewählt.“

Danach wird es also schon seine Richtigkeit haben, und die Konservativen werden mit dem Wort „Bebel-Wähler“ lästiglich vorsichtiger sein müssen.“

Herstellung verfassungsgemäßer Zustände in Böhmen.

Auf Einladung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses versammelte sich am Donnerstag nachmittag im Wiener Abgeordnetenkabinett eine Reihe von Abgeordneten und Mitgliedern des Herrenhauses, und zwar Vertreter fast sämtlicher deutscher und tschechischer Parteien Böhmens sowie Vertreter des konservativen verfassungsmäßigem Zustände in Böhmen, um über Mittel und Wege zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Böhmen und damit auch zur Fortsetzung des Reichsrats zu diskutieren. Nach einer vierständigen Debatte, nachdem konkrete Vorschläge des Tschechen-Kamaradens und des Herrenhausmitglieds Baerwald auf Widerfuhrung der Deutschen bzw. der Tschechen stießen, einige man sich dahin, daß zur Fortsetzung der heutigen Verhandlung am 15. Juni in Prag im Palais des Grafen Rothi eine interne Befreiung unter den Parteien ohne Teilnahme der Regierung stattfinden soll. Im Verlaufe der Debatte erklärten sich beide Parteien zu Verhandlungen bereit, derartigen jedoch auf dem bisher eingenommenen Standpunkt.

Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, die Regierung sei viel zu lebt von der Intention erfüllt, als daß sie nicht auch bereit sei, auf ihre Ausweitung bei der nächsten Befreiung zu verzichten, wenn dies tatsächlich gewünscht würde mit der Wiedereinführung, daß wenn die Regierung abwände sei, ein Wahlschein auf Gegenstände der allgemeinen Politik weniger zu belügen wäre. Er, der Ministerpräsident, möchte aber darauf hinweisen, daß jedes positive Ergebnis der Beratungen ohne Einvernehmen und Mitwirkung der Regierung überhaupt nicht zustande kommen könne, weil jedes politische Ergebnis solcher Beratungen auf Maßnahmen hinauslaufe, die fast ausschließlich von der Regierung durchzuführen seien und zusätzlich deren die Regierung nicht zu hören habe, was gewünscht werde, sondern auch eine eigene Meinung habe, und diese Meinung an zuständige Stelle und unter ihrer Verantwortung zum Ausdruck bringen müsse. Es müsse also der Moment kommen, in dem die Regierung mitzuwirken berufen sei, weil es sich nicht um Entschließungen der Parteien handle, sondern um auf Grund des erzielten Einvernehmens der Parteien durchzuführende Regierungssakte.“

„Ihre freien Abende wollen Sie opfern?“ fragte aber nun Gottschmann, ehrlich befragt. „Das Beste, was unsreiner hat?“ Worauf Sie, Herr Rod, stets so viel Gewicht legten?“

„Wein Gott, was sein muss, muß sein. Die Ausgaben unter ein gewisses anständiges Maß herabzudrücken, das kann ich nicht. So bleibt eben nur der Ausweg übrig, die Einnahmen zu erhöhen. Glücklicherweise hab' ich einen Schulfreund, der ein ausgezeichnetes Handelsgeschäft besitzt und der mir wohl einen Posten in seinem Kontor überlässt.“

„Mich wird er feiern,“ sagte der Kalkulator Rod zum Revisor Gottschmann, philosophische Kaltblütigkeit heuchelnd. „Nicht Michael, sondern Martha, dem Namen meiner Frau, gibt es kein männliches und germanisches Gegenteil, so soll er wenigstens den gleichen Anfangsbuchstaben führen. . . .“

„Wissen Sie, ein Kind macht den Eltern eigentlich mehr Sorge als zwei. Man hat da jetzt eine kleine Tochter.“

„Der muss aber schon viel überflüssiges Geld haben, der alte auch!“

„Worauf Kalkulator Rod spöttisch-neidisch erwiderte:

„Vielleicht hat er gestern einen Haupttreffer gemacht!“

6. Kapitel

Im Hause Rod herrsche ettel Freude.

Der läppische Jubel, mit dem der kleine Hans sein neu angestammtes, winziges, krebsotes, labiles Brüderchen begrüßte, wurde schier noch übertroffen durch das Glück der Mutter, den Stolz des Vaters. Alle düsteren Besorgnisse waren gelöscht von dem dreisten Geschrei des drolligen kleinen Reis, der von seiner Wiege aus mit geschlossenen Augen das ganze Haus regierte und, an seinen geballten Fausten hagend, die ganze Familie in Atem hielt.

„Michael wird er heißen,“ sagte der Kalkulator Rod zum Revisor Gottschmann, philosophische Kaltblütigkeit heuchelnd. „Nicht Michael, sondern Martha, dem Namen meiner Frau, gibt es kein männliches und germanisches Gegenteil, so soll er wenigstens den gleichen Anfangsbuchstaben führen. . . .“

„Wissen Sie, ein Kind macht den Eltern eigentlich mehr Sorge als zwei. Man hat da jetzt eine kleine Tochter.“

„Der muss aber schon viel überflüssiges Geld haben, der alte auch!“

„Worauf Kalkulator Rod spöttisch-neidisch erwiderte:

„Vielleicht hat er gestern einen Haupttreffer gemacht!“

„Rein, ich gleich nicht. Das ginge über meine Kraft, ich spür's ja selber. Nicht nur den heutigen Frühling, auch den heutigen Sommer will ich noch für mich haben. Aber im Herbst, wenn's draußen kalt und kalt und dunkel wird, will ich mich nachmittags ins Kontor meines Schulfreundes verkriechen, das sicherlich gut geheißen und beleuchtet sein wird. Und im nächsten Frühjahr bin ich's dann schon gewöhnt.“

„Und das wollen Sie jetzt tun? Jetzt, da der Frühling ins Land zieht, der Sie, Herr Rod, Sie haben mir's öfter gestanden, so unverständlich siezt.“

„Wein Gott, was sein muss, muß sein. Die Ausgaben unter ein gewisses anständiges Maß herabzudrücken, das kann ich nicht. So bleibt eben nur der Ausweg übrig, die Einnahmen zu erhöhen. Glücklicherweise hab' ich einen Schulfreund, der sicherlich gut geheißen und beleuchtet sein wird. Und im nächsten Frühjahr bin ich's dann schon gewöhnt.“

„Er versteht, laut und fröhlich zu lachen. Aber es gelang ihm nicht, einen Seufzer so völlig zu unterdrücken, daß ihn nicht der Wetter neben ihm gehört oder doch geahnt hätte . . .“

(Fortschreibung in der Morgenausgabe.)

Heer und Flotte.

Ein strategischer Eisenbahn-Tunnel durch den Kaukasus? Die strategische Bedeutung über den Kaukasus, deren sofortigen Baubeginn der russische Ministerrat seines beschlossen hat, sofern nur Reichsrat und Tuma dem Gesamtentwurf ihre Genehmigung nicht verlagen, gewinnt erst recht Bedeutung im Lichte eines anderen strategischen Eisenbahnenprojektes, das mit der Kaukasusbahn in engem Zusammenhang steht. Die russische Regierung hat nämlich vor einiger Zeit unter dem Vorstoss des Generals Petrow eine Kommission von Eisenbahnverbindungen, Generälen und Ingenieuren zusammenberufen, um das gesuchte strategische Bauwerk, das bisher in die Wege gelernt wurde, auf seine Möglichkeiten hin zu prüfen. Ein strategischer Tunnel von der ungeheuren Länge von 245 Kilometern soll durch den Kaukasus hindurchgeführt werden, um dadurch die Herrschaft Nordpersiens durch Kaschgar zu erleichtern. Der Tunnel wird zwischen Vladikavkass und Tiflis eine direkte Verbindung herstellen, die bisher ungefähr 1500 Kilometer lang ist. Durch den Tunnel würde diese Verbindung, die bis jetzt an der Kaspiischen Küste erfolgen muß, nur kaum den achtzig Teile so groß sein als bisher. Es würde dadurch die Möglichkeit der Truppenconcentrierung natürlich bedeutend erleichtert werden. Die russische Regierung hat darum den Entschluß gefaßt, den Bau des Tunnels unverzüglich in Verbindung mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes der Wladikawkass in die Wege zu leiten. Die Kommission unter dem Vorstoss des Generals Petrow hat bereits ihr Gutachten ausgearbeitet, das über die Möglichkeit der Bauausführung die näheren Mitteilungen machen sollte. Über dieses Gutachten, das nach Prüfung des Ergebnisses der neuern geologischen Untersuchung zur Erkundung der Baumöglichkeit seitens geprüft wurde, werden folgende Einzelheiten bekannt: 1. Nach der geologischen Beschaffenheit des Gebirges, das sich an den sogenannten Archaïschen Regel anlehnt, bestehen irgendwelche ernste Bedenken oder unüberwindliche Hindernisse für den Bau eines Tunnels, der 23 Meter (gleich 245 Kilometer) lang werden müßte, nicht? Erschwerende Hindernisse, wie sie in der Schweiz beim Bau des Simplontunnels vorliegen, sind während der Durchfahrtserbeiten hier nicht zu erwarten und auch nicht möglich. 2. Die Innentemperatur des Tunnels kann bei den zur Anwendung kommenden neuzeitlichen technischen Mitteln von 23-29 auf 25 Grad erhöht werden. 4. Wasserläufe und größere Wasserbrüche und Wasserdurchmünungen sind in der für den Tunnel in Ansicht genommenen Vertiefung, mit 1300-1400 Meter Höhe über dem Meeresspiegel nicht möglich. 3. Vom geologischen Standpunkt aus liegt kein Grund vor, die Sohle des Tunnels höher oder tiefer als geplant, zu legen, da die gewöhnliche Tunnelsohle die günstigste ist. Eine Senkung oder Hebung könnte leicht ungünstige Verhältnisse für den Betrieb mit sich bringen. 5. Das Durchdrehen des Tunnels würde einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren (nach neueren Mitteilungen nur 7-8) in Anspruch nehmen. Darüber, von welcher Stelle aus mit dem Vorstreben des Tunnels vorzugehen werden soll, hat man sich in der Konferenz nicht schlußig gemacht.

Deutsches Reich.

* Der König von Sachsen trifft, wie bereits wiederholt gemeldet, am 10. Juni in Petersburg ein. Der russische Hofzug führt ihm bis Wittenberg entgegen. Zum Ehrendienst sind noch der "S. J." Generaladjutant Maximowitsch und Generaladjutant Oberst Smetjanski besohlt. Der König wird vier Tage in Petersburg bleiben und im Palais von Zarstwo Selo wohnen. In seinem Gefolge sind der diensttuende General à la suite Generalleutnant u. Lettenträger, Haussmarschall v. Meissel-Reichenbach, Generalrat Graf Castell-Castell und zwei Flügeladjutanten.

* Zur Förderung des Kleingewerbes und Kleinhandels hat das Ministerium des Innern auch in diesem Jahr den sächsischen Gewerbeaufkommen zu 4000 & überwiegen. Aus dieser Summe können die Gewerbeträger nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen Beihilfen an Handelsaufstellungen, an Ausstellungen von Handwerksmaschinen und von Gesellen- und Lehrlingsarbeiten, weiter für lehrende gewerbliche Fachschulen und zum Besuch von Musterkunst- und Fachschulen, sowie für sonstige, das Kleingewerbe und den Kleinhandel fördernde Zwecke bewilligen.

*

* Die Befestigungsarbeiten des Großen Generalstabs nach Böhmen und Umgebung an der Krompitz teilnehmen. Der Verlauf der Befestigungsarbeiten erfolgt mit großer Uruhe verfolgt. In Kreiseln der Regierungspartei wird über den großen Druck, den das Öffentliche Korps auf die leidenden Kreise ausübt, gefragt. Sojolko, der Kommandant des Militärbezirks von Koszono, hat an den König im Namen aller Generale, Divisions- und Regimentskommandeure ein Telegramm geschickt, in dem er den König bittet, die Offiziere gegen die bisherige Regierung zu strafen, und ferner den Wunsch ausspricht, der König möge die Verordnung über die Priorität des Zivilbehörden außer Kraft setzen. Der König hat sich bisher noch nicht entschieden. Die Tatsache, daß die Jungadmirale eine Kooperation mit den übrigen Oppositionsparteien ablehnen, hat die Schwierigkeit der Lösung der Krisis noch erhöht. Trotzdem erwartet man eine Entscheidung am Freitag, an dem auch die Auflösung der Skuplition erfolgen soll.

Serien.

* Die Regierungstruppe aus Belgrad wird gemeldet: Der Verlauf der Regierungstruppe wird von der Bevölkerung mit großer Uruhe verfolgt. In Kreiseln der Regierungspartei wird über den großen Druck, den das Öffentliche Korps auf die leidenden Kreise ausübt, gefragt. Sojolko, der Kommandant des Militärbezirks von Koszono, hat an den König im Namen aller Generale, Divisions- und Regimentskommandeure ein Telegramm geschickt, in dem er den König bittet, die Offiziere gegen die bisherige Regierung zu strafen, und ferner den Wunsch ausspricht, der König möge die Verordnung über die Priorität des Zivilbehörden außer Kraft setzen. Der König hat sich bisher noch nicht entschieden. Die Tatsache, daß die Jungadmirale eine Kooperation mit den übrigen Oppositionsparteien ablehnen, hat die Schwierigkeit der Lösung der Krisis noch erhöht. Trotzdem erwartet man eine Entscheidung am Freitag, an dem auch die Auflösung der Skuplition erfolgen soll.

Indien.

* Wegen Aufreizung verurteilt. Fünf Bengalen, die den Herstellung von Explosivstoffen und der Verarbeitung einer austreibenden Schrift für Schulz befinden wurden, wurden in Kalutta zur Deportation auf 15 bis 4 Jahre verurteilt.

Mexiko.

* An die mexikanische Rüstung bezahlten. Der spanische Kreuzer "Descartes" bleibt bis auf weiteres an der mexikanischen Küste und gibt daher die Fahrt nach Neufundland auf, wo er Sicherheitspolizei ausüben sollte.

37. Hauptversammlung des Papierindustrievereins.

Im Hauptsaal der Ausstellung fand heute vormittags die 37. Hauptversammlung des Papierindustrievereins statt. Der Vorsitzende, Herr A. Krause-Berlin, hielt die Eröffnungen herzlich willkommen, insbesondere den Vertreter des Direktoriums der Ausstellung, Schirmherren Biagisch, und eröffnete die Tagung. zunächst erhob sich die Versammlung zum ehrenden Andenken an den im vergangenen Jahre verstorbene Ehrenvorsitzenden des Vereins, des Kommerzienrats Karl Krause und des gleichfalls verstorbenen Vorstandsmitglieds Weih-Monnheim von den Blasen. Dann hielt

Dr. Sombart und Professor Dr. Rathgen vertreten sein. Jerner wird der Deutsche Handelsstag Vertreter, die Handelskammern angehören, entsenden. Von größeren Verbänden sind der Verband der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin, der Leipziger Verband sowie der Verband des Radialspartei hinzugezogen worden. Auf der Konferenz soll eine Aussprache darüber erfolgen, in welcher Weise die Umfrage am zweitbesten vorzunehmen ist. In Betracht kommen würde entweder die Verleihung von Fragebögen oder aber die konventionelle Vernehmung von Sachverständigen, die in leichter Zeit bei derartigen Umfragen mit Erfolg zur Anwendung gelangen.

* Aus dem Deutschen Schiffsverein. Kommerzienrat May von Guilleaume in Köln hat nach verdienstvoller zwölfjähriger Tätigkeit sein Amt als erster geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Schiffsvereins wegen geschäftlicher Überlastung niedergelegt. An seiner Stelle hat der Präsident und Ehrenvorsitzende des Deutschen Schiffsvereins der Großherzog von Oldenburg den Landrat a. D. Dr. von Brüning (Bad Homburg) ernannt.

* Der neue "Ful Witt". Die bereits gemeldete offizielle Teilnahme des sozialdemokratischen Gemeindeschwarzen Witti in München an der Gründung des Großherzogtums von Hessen in München ist, wie uns berichtet wird, auf Parteibeschluß der Süddeutschen Genossen juristisch durch den vielbedrohten Teilnahme des sozialdemokratischen Führers an dem Empfang des Deutschen Kaisers im Münchener Rathaus im September vorangegangen. Dieser war gegen Witti der Berliner Parteivorsitz mobil gemacht worden, ohne daß jedoch ein Vorwegen der Süddeutschen Genossen gegen Witti herbeigesetzt werden konnte. Der Sozialdemokrat Witti hat auch diesmal von seiner übermäßigen Teilnahme an einem Fürstentum empfangen den Beschluss des Münchener Parteivorstandes herbeigesetzt, der dahin ging, daß der Genosse Witti in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Gemeindeschwarzen als Vertreter des Süddeutschen auf die Gründung eingetragen werden sollte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* Kein Besuch des englischen Königs in Rom. Die Wiener Allg. Jtg. meldet aus London: An keiner wahrscheinlichen Stelle ist nichts davon bekannt, daß König Georg im Herbst dem Kaiserhof Thronfolger Franz Ferdinand auf Schloss Romopoli einen Besuch abstatte wird. Alle diesbezüglichen Meldungen werden für unwahrcheinlich erklärt. Vorläufig steht fest, daß der König im Laufe dieses Jahres angesichts der schwierigen inneren Lage keine Auslandsreise unternehmen werde.

Frankreich.

* Das neue französische Kabinett. Wenn Léon Bourgeois nicht ablehnt, dürfte sich das Kabinett wie folgt zusammensetzen: Vorsitz und Unterst. Bivian, Justiz: Jean Dupuy, Auswärtiges: Léon Bourgeois, Inneres: Malvy, Krieg: Messimy, Marine: Central, Finanzen: Roulens, Öffentliche Arbeiten: Renault, Ackerbau: Rappaud, Handel: Thomson, Arbeit: Metin, Kolonien: Lebrun.

Spanien.

* Gegen die Marstropolit. Aus Madrid wird gemeldet: In der Kammer kündigte der Republikaner Salvatella eine revolutionäre Bewegung gegen die Regierung an, falls sie ihre Marstropolit nicht ändere. Er meinte, der ehemalige Ministerpräsident Maura habe zu zulasten müssen, weil er eine solche Änderung befürchtet habe. Schließlich kündigte Reder an, die Republikaner würden gegen den Bau einer zweiten Schlachtschiff-Division Obstruktion machen.

Australien.

* Besuch des Prinzen Heinrich der Niederlande. Der Prinzenmahl der Niederlande trifft am 11. Juni auf einem holländischen Kriegsschiff zum Besuch seiner Schwester, der Großfürstin Blasimira, in Petersburg ein und wird eine Woche hindurch Gast der Zarinfamilie in Zarstwo Selo sein.

Serien.

* Die Regierungstruppe aus Belgrad wird gemeldet: Der Verlauf der Regierungstruppe wird von der Bevölkerung mit großer Uruhe verfolgt. In Kreiseln der Regierungspartei wird über den großen Druck, den das Öffentliche Korps auf die leidenden Kreise ausübt, gefragt. Sojolko, der Kommandant des Militärbezirks von Koszono, hat an den König im Namen aller Generale, Divisions- und Regimentskommandeure ein Telegramm geschickt, in dem er den König bittet, die Offiziere gegen die bisherige Regierung zu strafen, und ferner den Wunsch ausspricht, der König möge die Verordnung über die Priorität des Zivilbehörden außer Kraft setzen. Der König hat sich bisher noch nicht entschieden. Die Tatsache, daß die Jungadmirale eine Kooperation mit den übrigen Oppositionsparteien ablehnen, hat die Schwierigkeit der Lösung der Krisis noch erhöht. Trotzdem erwartet man eine Entscheidung am Freitag, an dem auch die Auflösung der Skuplition erfolgen soll.

Indien.

* Wegen Aufreizung verurteilt. Fünf Bengalen, die den Herstellung von Explosivstoffen und der Verarbeitung einer austreibenden Schrift für Schulz befinden wurden, wurden in Kalutta zur Deportation auf 15 bis 4 Jahre verurteilt.

Mexiko.

* An die mexikanische Rüstung bezahlten. Der spanische Kreuzer "Descartes" bleibt bis auf weiteres an der mexikanischen Küste und gibt daher die Fahrt nach Neufundland auf, wo er Sicherheitspolizei ausüben sollte.

Geheimrat Biagisch die Verhandlungsteilnehmer im Auftrage des Ausstellungsdirektoriums willkommen und wünschte einen guten Verlauf der Verhandlungen. In seinem Bericht über die wirtschaftspolitische Lage und die wirtschaftspolitischen Arbeiten des Vereins behandelte Syndicus Häger die Frage der Konkurrenz, der Angestelltenversicherung und des Arbeitswilligenzuges und wußte sich dann dem Berichtswesen zu. Auf diesem Gebiete erwähnte er besonders die von der Reichspostbehörde eingeführten Erleichterungen und die Verhandlungen zur Festlegung des Tarifes. Die Bestrebungen der Brüder werden in den Kreisen der Papierindustrie nicht unterstützt, da die Art ihrer Schaffensweise nicht darüber ist. Ein am Schluß seiner Rede erzielter Hinweis auf die Brüder als eine Ausstellung der Papierverarbeitung gab dem Rekordtinenten Anlaß, die in der Papierindustrie liegenden gewaltigen Werke durch einige Jahren zu verwandeln: Das Jahr setzt ein, der deutsche Papierverarbeitung bezeichnet sich im letzten Jahr auf 690 Millionen Mark, in 1245 Betrieben waren 326 000 Personen beschäftigt, denen 302 Millionen Mark Lohn bezahlt wurde. Die Ausfuhr der deutschen Papierverarbeitung belief sich auf 227 Millionen Mark. Dann folgte ein Bericht des Vorsitzenden über den gegenwärtigen Stand der Revision des gewerblichen Rechtsbüchern und ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der beabsichtigten Regelung des Zugewerbes, das von einem Vertreter der Firma Liebes & Leichtner erachtet wurde. In der Aussprache über diesen letzten Punkt zeigte es sich, daß die Versammlung für Belohnung des Zugewerbes ist, aber für Bekämpfung der Missbraüche auf diesen Gebieten eintritt. ½ Uhr wurde in eine kurze Frühstückspause eingetreten.

Nach der Einnahme des vom Mitteldeutschen Papierindustrieverein gebotenen Frühstucks wurde 1½ Uhr die Tagung fortgesetzt. Zunächst erzielte der Vorsitzende Herr Direktor Kraemer-Berlin das Wort zu einem Vortrage über "Moderne Druckverfahren". Der Redner teilte mit, daß er keine Ausführungen in zwei Hauptabschnitte gegliedert habe, in einen wirtschaftlichen und einen technischen Teil. Letzterer wird als Demonstrationssitzung am Sonnabend morgen vor den arbeitenden Maschinen in der Maschinenhalle gehalten. In halbdunkler Fesselung zeigte dann der Vortragende noch einen kurzen Streifzug auf die Tage Andreas Königs, des Herstellers der ersten brauchbaren Schnellpressen, wie sich im Laufe der Zeiten die verfehlten Techniken entwickelt und von der Deutschen Industrie zum Sieg geführt wurden.

Lehre Nachrichten

Entlassung aus dem hessischen Staatsdienst.

Dresden, 5. Juni. Der König hat dem Staatsanwalt Günder beim Landgericht Dresden die infolge seiner Ernennung zum Geh. Regierungsrat und Justizrat Rat im Reichstag am 1. Mai erzielte Entlassung aus dem Staatsdienst bestätigt.

General v. Dietmann †.

Berlin, 5. Juni. General der Infanterie v. D. v. Dietmann, zuletzt Inspektor der Kriegsschulen, ist gestorben.

Abreise des hessischen Großherzogpaars.

München, 5. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen sind heute mittag 12½ Uhr nach Darmstadt abgereist.

Auflösung sozialdemokratischer Jugendvereine.

München, 5. Juni. Wie die "Nordbayr. Jtg." meldet, wird die bayrische Regierung künftig alle sozialdemokratischen Jugendvereine auflösen, deren politischer Charakter von den Polizeibehörden festgestellt wird.

Fürst Wilhelm zur Abdankung gezwungen?

Düsseldorf, 5. Juni. In einer an einen westdeutschen Großkaufmann gerichteten Meldung aus Albanien sehen die dortigen Handelskreise mit Bangen den nächsten Tagen entgegen. Man sieht die optimistische Sprache der sozialistischen Presse nicht und glaubt bestimmt, daß trotz des internationalen Geschwaders die Austrittsbücher ihren Willen durchsetzen und den Fürsten Wilhelm zur Abdankung zwingen werden. Unterdessen werden auch österreichische Zeitungskolumnen laut, die sich mit einem Wechsel in der albanischen Regierung abfinden. Die Zeit erklärt am Ende eines mit "Genug Hoffnung" überschriebenen Artikels, der österreichischen Diplomatie wäre weniger Elter für den Fürsten zu empfehlen; wenn sich andere Mächte von ihm zurückziehen, tun wir desgleichen. Die Adria und die Türkei sind uns wichtiger, als die Dynastie Wied.

Noch keine Einigung über die Flottenlandgebung.

Paris, 4. Juni. Der "Temps" erklärt, die Meldung der "Kölnischen Zeitung", wonach die Großmächte bezüglich einer Flottenlandgebung vor Durazzo einig sind, sei vorläufig. Ein solches Einvernehmen der Mächte besteht nicht. Gewisse Regierungen hätten einen derartigen Vorschlag überhaupt noch nicht erhalten. Es sei klar, daß eine Flottenlandgebung in keiner Weise zu der Lösung der albanischen Frage beitragen würde. Es wäre viel dringender notwendig, daß die Mächte das Abkommen von Korfu genehmige, damit die Spurz-Frage erledigt werde. Die Großmächte seien durchaus bereit, das Abkommen zu ratifizieren. Sollte es sich bewähren, daß die italienische Gesandte Alletti in dieser Frage eine andere Politik verfolgt wie seine Regierung, und daß er dem Fürsten zum Widerstand ermutigt? Angehört der ohnehin schwierigen Lage wären solche Ränke sehr belästigend.

Wegen der Pest in Batu.

Petersburg, 5. Juni. Die amtlich festgestellte Pest in der Umgebung von Batu findet jetzt eine überzeugende Ausklärung, der man jedoch skeptisch gegenüberstehen muß. Die Einwohner erklären, eine Anzahl von ihnen habe ein von einer Schlange gebissenes und erkauftes Schaf geschlachtet und es verzehrt, worauf alle Beteiligten erkranken und starben. Weiter sind keine Erkrankungsfälle mehr vorkommen.

Wegen der Pest in Quarantäne.

(Eigener Drahtbericht.) Odessa, 5. Juni. Aus Jassa wird berichtet, daß 2000 heimkehrende osmanische Pilger wegen Pestgefahr in der Quarantäne festgehalten werden. Die Pilger sind nicht in der Lage, sich Nahrungsmittel zu beschaffen und stehen dem Hungertode gegenüber.

Die Rundgebungen in Debrecs.

Sofia, 5. Juni. Die "Agence bulgare" meldet aus Debrecs, daß die bulgarische Delegation aus Debrecs sind von Bord des Dampfers "Florida" freigelassen und von der am Kai versammelten Menge freudig empfangen worden. Die Aufregung in der Stadt ist beendet.

Das Schuhwarenverbot.

Berlin, 5. Juni. Eine Verfügung des Polizeipräsidiums von Schöneberg weist die Schuhleute an, Schuhmäppchen jeder Art bei Schülern und Kindern zu beschlagnahmen und die Personen der Bevölkerung zu bestrafen, damit den Eltern und den Kindern keine Warnung zugehen kann.

Ein hartnäckiger Selbstmörder.

Berlin, 5. Juni. Nachts gegen 2 Uhr stürzte sich der Arbeiter Bräuer aus der Oberberger Straße in das Wasserbecken des Berges-Brunnens auf dem Schloßplatz. Ballanten zogen ihn heraus. Nunmehr lief er nach dem Kupfergraben und sprang dort ins Wasser. Er ging sofort unter; seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Offenbar hat er in einem Anfall geistiger Unmacht gehandelt.

Zum Tode verurteilt.

(Eigener Drahtbericht.)

Solzburg, 5. Juni. Das hiesige Schwurgericht stellte heute ein dreijähriges Todesurteil. Nach dreitägiger Verhandlung wurden die Angeklagten Johannes Heißer, Friedrich Bräuer und Josef Radun zum Tode durch den Strang verurteilt. Sie hatten einen Eisenbahnkondukteur auf Anstift von dessen Frau ermordet.

Handelszeitung und volkswirtschaftliche Rundschau.

Zur Stückzinsen-Berechnung im Aktienhandel.

Der Fall der Stückzinsen-Berechnung bei Dividendenwerten, eine seit fast 1½ Jahren in Kraft befindliche Usance im Effektenhandel, wird jetzt allgemein als dem letzten außerordentlich nachteilig empfunden. Schon als vor etwa zwei Jahren entsprechende Beratungen geplant wurden, machten sich vielfach Stimmen gegen die beabsichtigte Änderung gestellt. Doch namentlich von Seiten der offiziellen Börsenvertretungen hat man sich mit mehr Eifer als Geschick für die Anpassung deutscher Börsensancen an diejenigen des Auslands eingesetzt. Sind schon deswegen bei uns die Verhältnisse anders als im Auslande, weil keine deutsche Aktiengesellschaft vierstellige oder halbjährliche Dividenden im Gegensatz zum Auslande zahlt, so haben auch sonst die deutschen Börsen keine Veranlassung, ohne triftigen Grund ihre Usancen lediglich schematisch auf diejenigen des Auslands einzustufen. Eine wirklich plausible Erklärung aber ist man all denen, die am Börsenhandel direkt oder indirekt interessiert sind, bisher schuldig geblieben. Und an einem regen Börsenhandel ebenso wie an gut funktionierenden Märkten haben Spekulation und Anlage suchendes Publikum das gleiche und lebhafte Interesse.

Auch der Kapitalist wird daher durch diese Usance schwer geschädigt. Der Besitz an Dividendenwerten nimmt als wichtigste Gesichtspunkte zur Voraussetzung deren Bonität und Marktverhältnisse. Letztere sind dort am günstigsten, wo die Spekulation eine rege Tätigkeit entfaltet, so daß ein großer Besitz leicht realisiert werden kann. Da aber der Wegfall der Stückzinsen eine Verkürzung der Reports monatlich um ½ Proz. bis zu 4 Proz. jährlich anwachsend, bedeutet, so schädigt er den Börsenhandel, verringert die spekulativen Belebungen, beeinträchtigt die Aufnahmefähigkeit der Märkte und führt zu einer größeren Zurückhaltung weiterer Kapitalskreise gegenüber den Dividendenwerten. Es könnte den Gegnern unserer industriellen Entwicklung hierbei der Gedanke aufliegen, als wäre durch die Benachteiligung des Handels in Dividendenwerten eine Möglichkeit zugunsten agrarischer Interessen gegeben; das wäre jedoch irrig. Die der Industrie einmal zugedachte Kapitalien bleiben ihr in guten und schlechten Konjunkturen erhalten; ebenso wie der industrielle Arbeitervorstand diesem seinem Tätigkeitsgebiet treu bleibt.

Bei der vorliegenden Frage handelt es sich darum, die sachliche Berechtigung der jetzt gültigen Usance zu prüfen, wobei sich ein negatives Resultat ergibt. Wenn Handel und Industrie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit mit Recht hoch halten und diese letztere dadurch erreichen, daß verbesserte Technik die Produktion verbilligt und dadurch der Konsum angeregt wird, dann hat auch der Effektenhandel ein Interesse daran, Maßnahmen zu treffen, die den Erwerb von Dividendenwerten begünstigen und nicht solche, die von ihm abschrecken. Gerade das Effekt auf das Publikum aber führt sich schwer getroffen, da der Wegfall der Stückzinsen-Berechnung nur diejenigen zugute kommt, die aus dem Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Eingehung von Bausseengagements rein spekulative Gewinne herleiten wollen. Hierbei liegt dem auf den Konjunkturrückgang Spekuliern denjenigen Monatsbericht als Gewinn zu, um den durch die bestehende Usance die an Bausseengagements Interessierten geschädigt werden.

Da die Welt aber zur Bejahung des Lebensprinzips mehr Optimismus als Pessimismus benötigt, so ist auch im allgemeinen der Hauseier nicht nur die häufigere, sondern auch natürliche Erscheinung gegenüber dem Bässler. Schon dieses Moment genügt, um das Unhaltbare der lediglich Bausseestrebungen beginnenden Usance zu betonen und diejenigen, die an der Einführung derselben schuld sind, zu Beratungen aufzufordern, um im Interesse der Verbesserung des Effektenhandels, zur Wiederbelebung der Effektenmärkte die schädigende Maßnahme des Fortfalls der Stückzinsen-Berechnung wieder aufzuheben. Allerdings dürfte es sich empfehlen, alle Dividendenchecks erst nach den jeweiligen Generalversammlungen zu trennen, um jede Täuschung der Aktionäre durch unrichtige Dividendentaxation am Schluß des Geschäftsjahres möglichst zu verhindern. Die Erfahrungen, die alle Effekte handelnden Kreise seit nunmehr 1½ Jahren aus der Usancänderung herleiten, erheischen eine schnelle und dringende Entscheidung. Es darf freiwillig behauptet werden, daß es niemand gibt, der nicht die jetzige Börsenusage als einen geradezu verhängnisvollen Fehler zum Schaden des ganzen Börsengeschäfts betrachtet; darum sollte es auch kein Zögern seitens der deutschen Börsenvertretungen geben, um in Erkenntnis des verursachten Nachstosses beim Bundesrat den Antrag der Wiedereinführung der altbewährten früheren Börsenusage zu stellen.

Kein Gesetz im Handelsverkehr außer Treu und Glauben hat Anspruch auf Ewigkeit und um so weniger, da eine Verkehrseinrichtung, der seit ihrem Bestehen ein vernichtendes Urteil galt, da sie nur den auf den Rückgang des Wirtschaftslebens hinzielenden Spekulantenvorteile bringt und alle entgegengesetzten Interessen schwer schädigt. Große Gesetze — nur zu erinnern an das berichtigte Börsengesetz von 1896 — sind der Aufstellung verfallen; da sollte und darf nicht gerügt werden, um die vorbezeichnete schädliche Einrichtung zu beseitigen zugunsten der Wiedereinführung der Stückzinsen-Berechnung, damit der ohnehin durch Stempel- und andere Lasten erschwerte Effektenhandel nicht ohne Not weiter verteuert wird.

Sollte aber die beruhende Vertretung der Börseninteressen trotz Erkenntnis ihres Irrtums, vielleicht aus äußerer Scheu dessen Abstaltung nicht in die Wege leiten, dann muß durch freien Zusammenschluß aller am Effektenhandel beteiligten Kreise wirksam darauf hingearbeitet werden, daß die dringend notwendige Berechnung der Stückzinsen bei den Dividendenwerten wieder zur Usance erhoben wird.

Bank- und Geldwesen.

ap Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Wie wir drahtlich erfahren, hat die Verwaltung einem Aktionär auf dessen Anfrage mitgeteilt, daß der Kursrückgang der Aktien des Barmer Bankvereins weder in dem Geschäftsjahr noch in den inneren Verhältnissen der Bank begründet sei. Die Verwaltung glaubt vielmehr, den Grund für den Kursrückgang ausschließlich in den gegenwärtigen mühsamen allgemeinen Börsenverhältnissen suchen zu müssen. Diese hätten nicht nur auf den Kurs des Barmer Bankvereins, son-

dern auch auf den der anderen Bankaktien eingewirkt.

* Russisch-Asiatische Bank. Nach einem Auszug aus dem Geschäftsbericht des Instituts, das auch von der chinesischen Regierung kommandiert ist und eine Filiale in Paris unterhält, betrugen im Jahre 1913 die Einnahmen 18 361 859 (l. V. 18 298 148) Rbl. Nach Abzug der Umlaufkosten mit 8 450 985 (8 463 939) Rbl., Steuern 400 199 (195 097) Rubel, Abschreibungen auf zweifache Forderungen 2 827 000 (2 510 199) Rbl. verbleibt ein Überschuß von 6 579 757 (6 493 996) Rbl. Daraus soll u. a. eine Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) auf das Grundkapital von 45 Millionen Rubel ausgeschüttet werden.

In der Bilanz werden u. a. aufgeführt: Barbestand 23 721 378 (18 455 579) Rbl., Bankguthaben 12 363 356 (13 170 084) Rbl., Wechsel 137 208 353 (139 333 835) Rbl., Verschulden auf sofortige Kündigung 199 113 780 (152 179 799) Rbl., Wertpapiere 37 528 402 (36 618 396) Rbl., Korrespondenten Loro 248 583 063 (210 382 160) Rbl. und Liegenschaften 9 116 142 (9 159 877) Rbl., und unter den Verbindlichkeiten Kommanditeinlage der chinesischen Regierung 47 737 460 (4 871 720) Rbl., Rücklage der chinesischen Regierung 1 009 012 (1 700 155) Rbl., besondere Rücklage der chinesischen Regierung 681 292 (700 509) Rubel, Einlagen 367 723 443 (340 554 547) Rbl., laufende Rechnung bei der Staatsbank 57 217 899 (53 890 361) Rbl. und Korrespondenten Loro 121 168 899 (85 660 922) Rbl.

Die Gesamtumsumsätze im Jahre 1913 stellten sich auf 67,4 (58,8) Milliarden Rubel, davon in Petersburg 21,4 (20,1), bei den Zweigstellen in Russland 25,2 (22,5) und bei den Zweigstellen im Auslande 20,73 (16,21).

* Todesfall. Einem New Yorker Kabelgramm zufolge ist der bekannte Finanzier Harry C. Farnsworth gestorben. Er war Vizepräsident der First National Bank und der East River Water Company, ferner Direktor mehrerer amerikanischer Gesellschaften, darunter der South Eastern Union Telegraph Company.

Montanwesen.

ug Vom Walzrahtverbande. Wie wir hören, betrug der Maiaversand des Verbandes insgesamt rund 41 300 t gegen rund 40 600 t im April und 36 110 t im Mai des Vorjahrs. Hierzu entfallen auf das Inland rund 25 650 (25 300 bzw. 22 450) t und auf das Ausland rund 15 650 (15 300 bzw. 13 600) t.

* Die Kaliwerke Sarsstedt, Akt.-Ges., über deren Liquidation die auf dem 13. d. M. anberaumten Generalversammlung bekanntlich beschlossen soll, vereinbarmten im Geschäftsjahr 1913 an Zinsen 218 518 Mark. Dagegen erforderten die allgemeinen Umlaufkosten 30 599 Rbl., Steuern 10 800 Rbl., Vergütung an den Aufsichtsrat 10 500 Rbl. und Abschreibungen 137 480 Rbl. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus 1912 in Höhe von 42 569 Rbl. ergibt sich ein Reingewinn von 46 707 Rbl. Hieraus sollen 257 Rbl. dem Reservefonds überwiesen und restliche 46 450 Rbl. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Bankguthaben der Gesellschaft, das in der Bilanz mit 4 678 295 Rbl. erscheint, wird seit dem 1. Juli 1913 mit 5 Proz. verzinst und ist bei einer ersten Bank angelegt.

Dem Jahresbericht entnehmen wir nachstehende Auslassungen des Vorstandes: Wie wir im Geschäftsbericht für das Vorjahr bekanntgaben, hatten wir uns an einem im Schachtbau befindlichen Kaliunternehmen der Gewerkschaft Bernsdorf — (an der die Handels-Vereinigung, Akt.-Ges., nicht beteiligt war) durch langsame Ankauf von Kuxen im freien Markt beteiligt, in der Hoffnung, die Mehrheit der Kuxen und dadurch maßgebenden Einfluß auf das Werk zu erhalten. Obwohl der Erwerb seinerzeit zu einem niedrigen Preise erfolgte, steigerte sich der Buchwert durch Zubauzahlung erheblich, ohne daß der Kurs um den Betrag der Zubauen sich erhöhte. Der allgemeine Rückgang der Kaliwerke hatte uns schon im Vorjahr zu einer Rückstellung genötigt. Wir wurden gegen Ende des Geschäftsjahrs vor die Frage gestellt, ob wir den Besitz vermehren und die sehr erheblichen Betriebsrisiken zu Deckung der Bankschulden des Werkes aufbringen oder uns dem Verkauf der Mehrheit der Kuxen der benachbarten Werke anschließen sollten. Nach eingehender Prüfung kamen wir zu der Überzeugung, daß, wenn auch ein weiterer Verlust mit dem Verkauf verbunden war, es sich bei der unsichereren Lage der Kaliindustrie zur Erlangung der Mehrheit und Dekkung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft große Aufwendungen zu machen, deren Verlust erst in einigen Jahren eintreten könnte. Die Minderheit der Kuxen zu behalten, hielten wir in keinem Falle im Interesse der Gesellschaft liegend. Wir haben deshalb die Kuxen im laufenden Jahr verkauft, zugleich mit dem Verkauf der Kuxen der Nachbarwerke, zu gleichen Preisen und Bedingungen. In der gegenwärtigen Lage der Kaliindustrie möchten wir ohne Befragung unserer Aktionäre an neue Geschäfte nicht herangehen. Wir haben deshalb dem Statut gemäß durch Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung unseres Aktionärs Gelegenheit gegeben, über die Frage der Auflösung und Liquidation der Gesellschaft Entscheidung zu treffen.

* Vom amerikanischen Eisenmarkt meldet der wöchentliche Kabelbericht des Londoner "Ironmonger" aus Philadelphia, der uns drahtlich übermittelt wird, u. a.: Eine Besserung des Geschäftsganges sämtlicher Roheisenarten ist zu verzeichnen, die Gießereien kaufen 100 000 t südlicher Eisen Nr. 2 zu 10,25 Dollar ab Birmingham, ferner wurden zu gleichen Bedingungen 10 000 t sowie 4 000 t südliches Eisen Nr. 2 für den Export gekauft. Niedrig phosphorhaltiges Eisen im Osten ist gut gefragt. Für Eisenbarren ist die Nachfrage verbessert, andere Sorten Fertigmateriale sind hinsichtlich der Preise unverändert, obwohl die Käufer leichter fordern. 25 000 t Stahlshienen wurden bestellt; für diese Woche wird die Erteilung eines Auftrages der Pennsylvania-Eisenbahn über 100 000 t erwartet.

Transportwesen.

Hg Die Hamburg-Amerika-Linie wird, so meldet uns unser Hamburger Mitarbeiter drahtlich, ihren arabisch-persischen Dienst, der bisher nur eine Frachtdienstlinie war, auch für den Passagierverkehr mit Ende dieses Monats einrichten. Die Frachtdampfer werden mit einigen Kabinen versehen, außerdem wird das Hochseemotorschiff "Christian X.", das bisher in der Fahrt zwischen New York und Brasilien beschäftigt war,

in die persische Fahrt eingestellt werden; es wird die erste Ausreise bereits am 27. Juni antreten.

* Der Auswandererverkehr über Hamburg. Die transatlantische Auswanderung über Hamburg zeigt im Mai gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 8700 Personen, nachdem der April 1914 einen solchen um 6600 Personen gebracht hatte. Nach einer Drahtmeldung unseres Hamburger Hg-Korrespondenten wanderten im Mai aus 16 708 Personen (darunter 1114 Deutsche) gegen 25 479 (4934) Personen im Mai v. J. 17 470 Personen im Mai 1912 und 22 862 Personen im Mai 1907. Seit Jahresanfang wanderten 55 539 (79 740 bzw. 50 890 bzw. 81 023) Personen aus.

Wir geben im folgenden eine Statistik der Monatsergebnisse seit Beginn des Jahres 1910. Danach wanderten über Hamburg aus:

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	7 826	4 657	4 233	7 156	6 800
Februar	12 483	4 209	6 316	12 544	7 362
März	11 539	9 770	12 843	15 831	12 459
April	13 357	6 939	10 637	18 739	12 119
Mai	11 520	9 783	17 470	25 479	16 708
Juni	9 495	7 556	14 324	22 428	—
Juli	8 154	5 734	8 961	18 187	—
August	7 232	5 223	10 008	17 522	—
September	9 738	7 697	9 953	16 369	—
Oktober	8 841	7 851	12 958	14 428	—
November	10 333	10 400	17 621	14 257	—
Dezember	7 523	7 856	9 445	9 802	—

118 131 87 165 134 160 192 733 —

* Der Landesreisenbahnrat hält am 18. d. M. eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Frachtermäßigungen zugunsten der Kartoffeltrocknung und Gewährung des Seehafen-Ausnahmetarifs 3 für Getreide usw.; auch für die Wiedereinfahrt nach Deutschland.

* Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft. In der heutigen Generalversammlung glaubte, nach einer Drahtmeldung unserer Berliner Handelsredaktion, ein Aktionär die Ansprüche der Aktionäre gegenüber den Genossenbahnern durch die Gewinnverteilung beeinträchtigt. Die Verwaltung hielt sich auf den klaren Wortlaut des Statuts, mußte allerdings zugeben, daß auch in den Kreisen des Aufsichtsrates die Genossenbahn als ein 18-tägiger Appendix empfunden werden, für dessen Beseitigung sich freilich keine Möglichkeit ergeben habe. Die Auszahlung der 7½ prozent Dividende wurde genehmigt, ebenso die Erhöhung des Grundkapitals um 10 Mill. Mark zwecks Errichtung eines Eisenwerkes in Sangkou. Die Verwaltung hat die Überzeugung, daß eine ausreichende Rentabilität des einzulegenden Kapitals gesichert ist. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Generaldirektor Wilhelm Beukenberg, Bankdirektor Hans Winterfeldt und Generaldirektor Weinlig.

Bemerkt wurde noch, daß sich das Bergwerk im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres durchaus befriedigend entwickelt habe.

* Canadian-Pacific-Eisenbahn. Die Bruttotonnen umbrachten in der vierten Maiwoche 2 982 000 Dollar; das bedeutet eine Abnahme von 800 000 Dollar gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs.

Verschiedene Gesellschaften.

* Maschinenfabrik Kappel. Vor einigen Tagen haben wir eine Information der "Tagblatt" über die Geschäftslage des Unternehmens veröffentlicht, die zwar nicht von der Verwaltung ausgegangen war, denn diese huldigt bekannt dem gänzlich ungerechtfertigten Prinzip jeglicher Auskunftsverweigerung der Öffentlichkeit gegenüber; aber jede Mitteilung des erwähnten Berliner Blattes stammte offenbar aus sehr gut informierter Quelle. Man wird sich erinnern, daß in jener Meldung ein neuer Rückgang der Dividende angekündigt wird. Nun bringt die Köln. Ztg. eine Nachricht, derselbe folgt, steigerte sich auf gänzliche Dividendenlosigkeit vorbereitet können. Das rheinische Blatt schreibt:

„Der Leitung der Maschinenfabrik Kappel ist es in letzter Zeit gelungen, einige Aufträge für Tüllnmaschinen aus dem Vogtland hereinzuholen, allerdings zu Preisen, die einen Nutzen kaum lassen dürfen. Die neu konstruierte Schreibmaschine ist jüngst auf den Markt gekommen, doch sollen, wie man hört, von anderen Schreibmaschinenfabrikaten Einwendungen wegen Patentverletzungen gemacht werden. Die außerordentlich hohen Kosten, die die Einführung und Fertigstellung der Schreibmaschinen verursacht hat, fallen in der Hauptsache dem am 30. d. M. zu Ende gehenden Geschäftsjahr zu Last. Hierzu kommt noch, daß die Firma wegen eines schwelbenden Prozesses von einer Firma in Hannover einen großen Teil der gelieferten Stickmaschinen hat zurücknehmen müssen, wodurch ihr ein nicht unbedeutender Schaden erwachsen dürfte. Außerdem hat die Gesellschaft noch einen Prozeß mit der Steuerbehörde über rund 100 000 Rbl. für die sie sich als ungünstig ausfallen wird. Daraus geht hervor, daß für das letzte Geschäftsjahr ein sehr schlechtes Ergebnis zu erwarten ist. Man gibt sogar der Vermutung Raum, daß eine völlige Dividendenlosigkeit nicht ausgeschlossen sei, falls die Gesellschaft es nicht vorzieht, den in guten Jahren angesammelten Dividenden-Ergänzungsbestand heranzuziehen. In diesem Falle würde man vielleicht mit einer Dividende von etwa 5 Proz. rechnen dürfen.“

Sollte das Resultat so ausfallen, wie es in den vorstehenden Ausführungen dargestellt wird, dann werden es vielleicht auch die Aktionäre, die die autokratischen Maximen des Herrn P. M. Schiersand stets zu unterstützen für gut befanden, anderen Sinnes werden und dem Herrn klarmachen, daß es im Interesse aller an dem Unternehmen Beteiligten liege, wenn er in Zukunft etwas mittelamerikanischer Preisniveau mößte die Schweigekompetenz und die Mäßigung der Öffentlich

